

Lebener Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Leber

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und den illustrierten Wochenbeilage: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wlff. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Leber: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Völkshochschule: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetall 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Leber — Bankverein Aetern.

Nr. 4

Donnerstag, den 9. Januar 1930

43. Jahrgang

Schismatische Konferenz am Montag.

Keine Erörterung der Sanktionsfrage

Die sechs einladenden Großmächte sind am Montag vormittag um 11.30 Uhr im Kreis der Minister ohne Sitzung gelagert der Sachverständigen zusammengetreten. Hierbei gelangten die bisherigen reparationspolitischen Besprechungen der Finanzjahrenverhandlungen, die die erste Leung der streitigen finanzpolitischen Fragen abgehandelt haben, zur Erörterung. Die Sanktionsfrage wurde — wie ausdrücklich erklärt wird — in der Zusammenkunft nicht berührt, da die laufenden privaten Verhandlungen bisher die Frage für eine amtliche Besprechung noch nicht hinreichend gelöst haben.

Zunächst wurde die Frage der endgültigen Formulierung des gesamten Haager Schlussprotokolls, besonders die Formulierung der Präambel, verhandelt. Ueber die formale Bedeutung dieser Formulierung hinaus liegt hierin auch eine gewisse rechtliche und politische Bedeutung, da die Präambel die Bedeutung und den Charakter der Haager Abmachungen festlegen soll. Ueber die Formulierung wird noch weiter verhandelt werden. In diesem Zusammenhang ist auf die Bedeutung hinzuweisen, die die Präambel seinerzeit bei dem Versailler Protokoll gehabt hat.

Die Minister der sechs Großmächte haben jedoch längere Erörterungen der bereits in den Pariser Besprechungen aufgeworfenen Frage gemindert, ob die Reichsregierung verpflichtet ist, die monatlichen Youngzahlungen am 15. oder am Ultimo zu leisten. Es handelt sich hierbei um

eine Jahresdifferenz,

die allerdings verchieden ausgerechnet wird, jedoch für Deutschland eine weitere Belastung von rund 9 Millionen Mark jährlich ausmachen würde, wenn die Reichsregierung die fälligen Monatsraten bereits am 15. jedes Monats zur Verfügung stellen müßte, während nach deutscher Auffassung diese Beträge erst am 30. verfügbar zu halten sind.

Von deutscher Seite ist in der Geheimhaltung der sechs Mächte der Standpunkt vertreten worden, daß Deutschland neue Anlaufstellen über den Youngplan hinaus nicht übernehmen könne und daß die deutschen Young-Station entsprechend dem internationalen Brauch zum Ultimo gezahlt werden müßten.

Reichsfinanzminister Moldenbauer hatte eine Unterredung mit Schatzkanzler Snowden, die der Vorbereitung der reparationspolitischen Fragen für die Zusammenkunft der sechs Mächte galt.

Dr. Curtius fährt nach Genf.

Reichsaussenminister Dr. Curtius beabsichtigt am der Tagung des Völkerbundesrats, die am 13. Januar in Genf beginnt, teilzunehmen, falls die Verhandlungen der Haager Konferenz eine Abwesenheit für einige Tage erlauben sollten.

Verhandlungen Schöber—Kleine Entente.

Die bisherigen Reparationsverhandlungen des österreichischen Bundeskanzlers Schöber mit der rumänischen Abordnung und den übrigen Staaten der Kleinen Entente sind vorläufig ohne Ergebnis verlaufen.

Der Reparationsauswahlschuss der Konferenz trat zu einer neuen Sitzung zusammen, in der ausschließlich die österreichische Reparationsfrage zur Erörterung kam. Die Verhandlungen begannen mit einer Erklärung Schöbers, daß Österreich seiner gesamten wirtschaftlichen und finanziellen Lage nach nicht in der Lage sei, irgendwelche Reparationszahlungen oder Leistungen aus anderen Schuldmitteln zu tragen.

Die österreichische Bevölkerung würde es nicht verheßen, wenn heute derartige Lieferungen übernommen würden, wo die gesamten wirtschaftlichen Schritte bis zum letzten für den Wiederaufbau des Landes in Anbetracht genommen werden.

Der Kampf um die Sanktionsfrage.

Englische Pressestimmen.

London, 7. Januar.

Ein Teil der Morgenblätter bringt einen erlen zusammenfassenden Bericht über den bisherigen Verlauf der Haager Konferenz. Allgemein wird die freundschaftliche Atmosphäre der Verhandlungen betont. Die „Times“ gibt über die britische Auffassung in der Sanktionsfrage eine Darstellung, in der u. a. erklärt wird:

Nach englischer Ansicht sei es ein Fehler gewesen, die Frage überhaupt aufzurollen.

Es sei zwar wahr, daß Briand sich in der französischen Kammer auf Artikel 49 des Vertriebes bezogen haben habe, aber es erweise zweifelhaft, ob die deutschen Nationalitäten auf einer solchen Zulassung beharren hätten, wenn in der französischen Presse nicht der Bericht gemeldet worden wäre, die Angelegenheit wieder aufzurollen und Snowden in der unentschieden Weise zu befehlen, daß er im Haag die Frage zur Sprache bringen solle. Zweifelhaft sei, ob die unentschieden Bewegung wirklich im Interesse Frankreichs liege.

Im Hinblick darauf, daß die deutsche und die französische Auffassung lauz bargelegt.

Auf deutscher Seite bestreitet man, daß die Franzosen irgendwelchen Vorwand für die Anwendung des Artikels 49 finden könnten; auf französischer Seite besteht die Furcht, daß eine andere deutsche Regierung vielleicht unter Einfluß der Deutschnationalen die Zahlungen einstellen könnte. Auf beiden Seiten würden ent-

sprechende Zusicherungen zum Rechtsatz bzw. von der französischen Kammer für notwendig gehalten.

Die englische Auffassung

geht dahin, daß eine abschließende Stellungnahme für Deutschland unmöglich sei, da der Kredit Deutschlands dadurch völlig erschüttert würde. Snowden habe dem Finanzminister Moldenbauer bargelegt, daß Großbritannien in der Sanktionsfrage nicht interessiert sei. In britischen Kreisen erwarre man, daß die Frage im weiteren Verlauf der Haager Verhandlungen „oben“ wenig wie bisher amtlich angedeutet werde. Gegen die deutsch-französische Ausdrucksweise sei nichts einzuwenden, und tatsächlich habe sich bereits eine Formel abgezeichnet, die militärische Sanktionen ausschließt, aber innerhalb der Grenzen des internationalen Rechts die Anwendung wirtschaftlicher Sanktionen erlauben würde.

In der Sanktionsfrage berührt der „Daily Herald“ über den „Times“-Bericht hinausgehend, wenn auf deutscher Seite der Wunsch besteht, eine schriftliche Erklärung der Gläubigermächte zu erhalten, durch die ein Verzicht auf alle zukünftigen militärischen Sanktionen ausgesprochen werde, so besteht wahrscheinlich auf französischer Seite die gleiche Entschlossenheit, nicht auf Verzichtserklärungen zu verzichten. Tardieu lehne sehr aus innerpersönlichen Gründen die Unterzeichnung jeder Erklärung ab, die als ein Verzicht auf Vergeltungserrechte angesehen werden könnte.

Die materiellen Fragen.

Haag, 8. Januar.

Zu den materiellen Fragen gehört in erster Linie die den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildende Frage des Zahlungstermins für die deutschen Young-Raten. Ein Ergebnis ist in dieser Frage nicht erzielt worden, da die Auffassungen sich zunächst noch scharf gegenüberstanden. Es konnte vor allem keine Klarheit darüber geschaffen werden, was die Pariser Sachverständigen sich gedacht haben.

Die deutsche Abordnung hat auf Grund der Verhandlungen Dr. Schacht und Geheimrat Kästl erucht, nach dem Haag zu kommen.

Der Reichsbankepräsident kam jedoch erst zum 12. zu der einkaufenden Sitzung des Baden-Badener Ausschusses für die B33. Im Haag eintreffen, während Geheimrat Kästl bereits heute hier eintrifft.

Zu den materiellen Fragen gehört ferner

die Frage der verpänderten Einnahmen, an denen nach dem Danesplan die alliierten Gläubigermächte ein direktes, nach dem Youngplan nur ein negatives Andrecht besitzen. In den gegenwärtigen Verhandlungen ist auf allierter Seite der Wunsch aufgetaucht, in Abänderung des Youngplans eine positive Regelung zu schaffen und damit die verpänderten Einnahmen für die Zölle, die Biersteuer, Meisteuer, das Spiritusmonopol usw. dem direkten Zugriff der Gläubiger wieder zuzuführen. Die deutsche Abordnung hat in den bisherigen Verhandlungen dieses Vorhaben abgelehnt und verlangt, daß der klare Wortlaut des Youngplans nicht verifiziert werde. Ferner wird in den weiteren Verhandlungen über die materiellen Fragen geklärt werden müssen, wie das deutsch-englische Abkommen über die Liquidation des deutschen Eigentums in die Bestimmungen des Schlusstatutes der Haager Abmachungen über die Regelung der Vergangenheit eingegliedert werden soll.

Weiter ist das Schreiben des Reichsbankepräsidenten Dr. Schacht in der Anlage I des Youngplans über die Gold-einstellungspflicht der Reichsbank erörtert worden. Auch hierin soll die endgültige Formulierung dieser an sich geklärt werden durch den juristischen Ausschuss erfolgen.

Zu den formalen technischen Fragen gehört ferner die Formulierung der Schuldverpflichtungen, die die Reichsregierung den Gläubigermächten zu übermitteln hat. Zu den noch offenen formalen technischen Punkten gehört endlich die Klärung der

Bestimmungen des Artikels 24 des Youngplans, und zwar die Entschädigung darüber, inwieweit Beschlüsse des Beirats der B33. über ein deutsches Transformatorium durch die Bank, oder wie es im Youngplan heißt — „notwendigfalls“ durch die Reparationen durchzuführen sind. Diese Frage ist gleichzeitig dem Juristen-Ausschuss zur Klärung überwiegen worden. Zum Schluß muß noch die Frage der deutschen jenseitigen Einlagen bei der B33. geklärt werden.

Die Beratung der fünf Gläubigermächte.

Die fünf großen Gläubigermächte haben in langen außeramtlichen diplomatischen Verhandlungen die grundsätzliche Frage erörtert, was nach dem im Youngplan vorgesehenen zweijährigen Zahlungsamoratorium mit den aufgelaufenen Zahlungen zu geschehen habe.

Es handelt sich um die im Youngplan offen gelassene Frage, wie die Zahlungen dann an die Alliierten überzuführen werden sollen. Die Gläubigermächte haben die Forderung gestellt, daß die während des Amortatoriums aufgelaufenen Zahlungen entweder nur einmal oder in Doppelraten gleichzeitig mit den neuen fälligen Young-Jahreszahlungen zu leisten seien.

Die deutschen Vertreter haben diese beiden Zahlungsmodalitäten abgelehnt, da damit der wesentliche Zweck des Amortatoriums gestiftet würde.

Die Gläubigermächte wiesen jedoch darauf hin, daß in den Verträgen zwischen den Gläubigermächten und den Vereinigten Staaten ein derartiges Verfahren vorgezogen sei und betonten, daß Deutschland im Falle von Schmierigkeiten ein neues Zahlungsamoratorium beantragen könnte.

Demgegenüber hat die deutsche Abordnung verlangt, daß nach dem Ablauf eines Zahlungsamoratoriums der im Youngplan vorgesehene Sonderausgleich mit der deutschen Regierung über den Zahlungsmodus in Verhandlungen eintritt, um finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten zu vermeiden. Die Verhandlungen ergaben jedoch keine Einigkeit über diese Frage; die Auffassungen standen sich zunächst scharf gegenüber. Die Besprechungen werden fortgesetzt.

Ein Monstre-Fälschungs-Prozess.

Die Tischnovonsen-Fälscher vor Gericht.

Berlin, 7. Januar.

In Moskau beginnt unter großem Andrang von Pressevertretern der Prozess gegen die Tischnovonsen-Fälscher. Von den Angeklagten, unter denen sich zwei Georgier befinden, fehlt der Buchdruckereibesitzer Schneider. Das Gericht beschloß, das Verfahren gegen ihn abzutrennen, ebenso das Verfahren gegen den Angeklagten Kipping-Wüchigen, der nur von Schneider befehligt wird. Danach ist nur noch gegen sieben Angeklagte, die des Münzverbrechens, der Fälschung des Wertpapiers, der Urkundenfälschung usw. beschuldigt sind, zu verhandeln. Sie sind sämtlich mit Verteidigern versehen.

Neben den beiden Hauptangeklagten, den Georgiern Nikifor Sabatierowitsch und Calma Karumidze, die von Rechtsanwalt Dr. Beer verteidigt werden, haben auf der Angeklagten Platz genommen: Ingenieur Dr. Bennoch Feder-Mänden, Ingenieur Dr. Eugen Wecher-Mänden, Kaufmann Wilhelm Schmidt-Mürberg und Buchhändler Karl Behl-Brandt u. a. m. Den Rechtsanwalt Dr. Ende Brandt verteidigt. Schließlich ist auch noch als Angeklagter der Elektroingenieur Georg Bell-Wüchigen, der angeblich fälschlich geweten sein sollte, erschienen.

Von den Verteidigern der in München wohnhaften Angeklagten wurde zunächst lediglich die Zukunftsbedeutung dieses Gerichtes betritten. Das Gericht lehnte die Anträge der Verteidigung ab. Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses begann die Vernehmung der Angeklagten zu ihrer Verlesung und zur Sache.

Die Vernehmung des Angeklagten Karumidze gestaltete sich recht langwierig, da dessen russische Ausdrucksweise sehr schwerfällige und unklar wurde. Karumidze wurde nach dem Kriege Mitglied des Nationalrates und des ersten georgischen Parlaments. Er ist Mitbegründer der nationaldemokratischen Partei. Nach der 1921 erfolgten Besetzung Georgiens durch Sowjettruppen ging er aus privatrechtlichen Gründen nach Deutschland, weil er unter Außenminister Dr. Stresemann Kommissar für Georgien war.

Um die Vernehmungspolitik Georgiens zu fördern, hatte er nach Deutschland, die er zum Teil auch besah, und zwar von Stellen, deren Namen er nicht nennen will. Dann ist er auch auf den Gedanken der Fälschung russischer Tischnovonsnoten gekommen. Er wollte Sowjetgeld mit diesen Noten überschweben und dadurch die Sowjetwirtschaft in Georgien vertreten.

Man wollte zunächst einen Auffang gegen die Sowjetregierung betreiben und dachte daran, Mittel für ein etwa zehnmaliges Durchhalten dieses Auffandes durch die Fälschung der Noten in die Hand zu bekommen. Der Angeklagte sprach dann über die Maßnahmen, die er zum Druck der Noten ergreifen hatte. Im September 1926 ging an eine deutsche Firma ein Schreiben der Banque Turque-Berlin, wonach diese Bank Auftrag zum Druck von eigenen Aktien gab. Dies geschah, um die Fälschung der Noten unentdeckt zu machen. Die Bank hat nicht befallen. Die unter diesem Schreiben befindliche Unterschrift hat er selbst nicht fertiggestellt; er will aber auch nicht den Namen des Betreffenden angeben.

Sabatierowitsch will nach diesem Brief keine Kenntnis.

Es war zunächst geplant, falsche Noten zu drucken, jedoch nicht in Deutschland; hier sollten nur die technischen Vorbereitungen getroffen werden. Dann kam es aber doch zu einem umfangreichen Probedruck; angeblich sollten aber auch die hierbei angefertigten Noten nicht in Deutschland verbreitet werden. Bei der Vorbereitung der Klischees um hat Sabatierowitsch geholfen. Auch Schneider wurde in den Plan eingeweiht.

Das Gericht beschloß wegen mangelhafter Lieberlegung einen weiteren Dolmetscher hinzuzuziehen und vertagte sich auf kurze Zeit.

Als zweiter Dolmetscher wurde nach der Pauli Rechtsanwalt Dr. Weber, Berlin, bestimmt. Karumidze betonte im weiteren Verlauf seiner Aussage, er sei überzeugt, daß der Angeklagte Schneider, auf den Dr. Weber aufmerksam gemacht habe, von der beabsichtigten Banknotenfälschung zunächst nichts gewußt habe, er habe aber wohl sehr bald verstanden, worum es sich handele.

Von Schneider sind nach Angabe Karumidzes 13 bis 14 000 brauchbare Tischnovonsnoten fertiggestellt und abgeholt worden. Der größte Teil wurde von Freunden nach Ausland gebracht.

den Konulat in Düsseldorf die Einreiseerlaubnis nach Frankreich erteilt. An Kempen erreichte ihn bei seiner Ankunft das Schicksal. Die dortige Polizei nahm ihn fest. Er wurde nach Blankenbühl übergeführt, wo er auch vor dem Staatsanwalt bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt hat.

Berlin. Keine Einkellung der U-Bahn-Bauten. Die bereits im Bau befindlichen U-Bahn-Linien folgen unter allen Umständen fertiggestellt werden. Die Einföhrung in den Bauprogramm besteht sich nur darauf, daß neue Projekte gegenwärtig nicht in Angriff genommen werden. Wegen der Finanzierung des bereits in der Durchführung begriffenen Bauprogramms können seit langem Verhandlungen mit einem deutsch-amerikanischen Konsortium, das auf deutscher Seite von der Darmstädter und Nationalbank geführt wird. Die Verhandlungen haben bisher lediglich ergeben, daß man abwarten will, wie der internationale Geldmarkt im Februar oder März, das ist offenbar der Zeitpunkt, zu dem das Geld gebraucht wird, aussieht, um erst danach endgültige Entscheidungen zu treffen. Dies bezieht sich auch auf die eventuelle Hilfe des abgesehenen Amerika-Kredits.

Berlin. Von einer Drostei totgefahren. Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich morgens gegen 3.30 Uhr in der Potsdamer Straße. Dort wurde ein von seiner Berufstätigkeit heimkehrendes Rastfachwagen-Waifer, der 34jährige Otto Raedel aus der Müllerstraße 118, von einer übermäßig schnell fahrenden Autobusse auf Boden geritten und auf der Stelle getötet. Der Chauffeur versuchte zu flüchten, wurde jedoch von anderen Kraftwagen verfolgt, eingeholt und der Polizei übergeben.

Bonn. Fortsetzung des neuen Vorprozesses. Der prozessliche Akt Dr. Richter, der wegen Mordes von dem Bonner Schwurgericht zum Tode verurteilt worden war, hat den Bonner Rechtsanwalt Meier beauftragt, das Wiederannahmeverfahren einzuleiten. Er will das wissenschaftliche Gutachten annehmen, demzufolge in der Leiche der ermordeten Frau Mariens Strophantinn nachgewiesen worden ist. Richters Vertreter hat mit, daß zuerst noch neue Tierexperimente mit Strophantinn angeestellt werden, von deren Ergebnisse es abhängen wird, ob er den Auftrag Dr. Richters ausführt.

Wiesbaden. Verhaftung eines angeblichen französischen Deserteurs. Der frühere Angehörige der französischen Wehrmacht Laurent ist in Kempten im Taunus von französischen Grenzmann verhaftet worden, weil er 1924 von seinem Truppenteil im besetzten Gebiet desertiert sein soll. Laurent ist jetzt deutscher Staatsangehöriger. Das Reichskommissariat für die besetzten Gebiete hat sofort bei der Besatzungsbehörde gegen die Verhaftung Einspruch erhoben. Die Franzosen vertreten der Standpunkt, die Verhaftung sei rechtlich begründet. Trotzdem hat der Reichskommissar seinen Einspruch gegen die Verhaftung wegen der deutschen Staatsangehörigkeit Laurents aufrecht erhalten.

Königsberg i. Pr. Geständnis des Insterburger Bahnwärters. Das Eisenbahnunglück bei Insterburg, das sich in der Weihnachtsnacht ereignete und fünf Tote und sieben Schwerverletzte forderte, ist jetzt völlig aufgeklärt worden. Der Schwartenwärter hat ein vollständiges Geständnis abgelegt, demzufolge er allein die Schuld an der Katastrophe trägt. Hierbei, der in der Unglücksnacht unterlassen hatte, die Schranke zu schließen, sagte aus, daß er in dem Augenblick, als der Wagon mit dem Zug zusammenstieß, noch in seinen Wagon gewesen wäre und mit seinem Schloß die Schranke hätte schließen können. Er wurde hinausgeführt, als das Unglück bereits geschehen war. In seiner bunten Wärrterbude wäre er dann zu Boden gestürzt und ohnmächtig liegen geblieben.

Kleine Chronik.

Schließung der Pariser Theater wegen zu hoher Bekleidung? In eine Veranlassung der Pariser Theaterdirektoren wurde beschloffen, sämtliche Theater zum Protest gegen die mißbräuchliche Bekleidung an einem noch festzusetzenden Tage zu schließen.

Die Geistesgegenwart eines Brückenwärters verhindert ein schweres Eisenbahnunglück. Einer Meldung aus Barcelona zufolge konnte durch die Geistesgegenwart eines Brückenwärters der Paris-Barcelona-Schnellzug vor einem großen Unfall bewahrt werden. Durch die harten Regenfälle hatte sich bei Calas der Eisenbahnstrecke aufgelöst und war abgeglitten. Die Eisenbahnbrücke wurde zerstört. Der Brückenwärter konnte den im gleichen Augenblick herantommenden Schnellzug durch Lichtsignale noch zum Halten bringen. Die Lokomotive stand einen Meter vom Wegrand entfernt.

Wist Personen wegen Mordverdacht verhaftet. In einem Ort in der Nähe von Königsberg wurden acht Personen, darunter drei Frauen, unter dem Verdacht verhaftet. Im Verlaufe von zehn Jahren drei Männer ermordet zu haben. Im Jahre 1919 wurde der Mann der Hauptbeschuldigten, der Bäuerin Bittner aus Polom, ermordet aufgefunden. Im Jahre 1926 wurde der Häusler Joseph Licht und ein Jahr später der Fleischer Wald ermordet, mit denen die Bittner Verwandte hieß. Über die Mordtat vertritt hat, steht noch nicht fest.

Feuertat in Polen. In den ersten neun Monaten des Jahres 1929 sind in den polnischen Dörfern und Kleinstädten nicht weniger als 19.646 Gebäude durch Feuer zerstört worden, wobei der Gesamtschaden etwa 36 Millionen Zloty betrug.

Zusammenstöße zwischen Studenten und Polizisten in Kairo. Vor dem Palast König Fuads in Kairo kam es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Studenten. In deren Verlauf verhaftete die Polizei durch Steinwürfe verletzten wurden. Die Polizei verhaftete drei Studenten. Im Anschluß an die Unruhen begab sich eine Studentenabordnung nach dem Innenministerium, um beim Ministerpräsidenten Beschwerde über die Haltung der Polizei einzulegen. Ministerpräsident Nakhla ließ sich jedoch der Abordnung, daß die Polizei im Falle eines Studentenstreiks, wie er vorübergehend empfohlen wird, energig vorgehen würde. Die Haltung der Studenten wird von der Regierung bereits als etwas unangelegentlich empfunden, da die zahlreichen Demonstrationen und Eingebungen von Abordnungen in einer großen Reihe von Fragen ihre Bewegungsfreiheit empfindlich gehemmt haben.

Pestepidemie in Tunis. Die Pestepidemie in Tunis, die vorläufig auf ihren Höhepunkt gebracht werden konnte, hat im ganzen 56 Opfer gefordert. Die Toten gehören alle einem Eingeborenenstamm an. Alle Angehörigen dieses Stammes sind geimpft worden und stehen unter ärztlicher Aufsicht.

Schweres Eisenbahnunglück in Tunis. Der Schnellzug Tunis-Konstantine ist in der Nähe der Anfahrstation verunglückt. Bei der Fahrt über eine Brücke zerbrach die Lokomotive. Die Brücke selbst zerbrach in zwei Teile. Die Lokomotive der Postwagen und zwei Personenzüge führten den etwa 50 Meter tiefer Abgrund hinab. Das Unglück löst zahlreiche Todesopfer geordert haben, jedoch fehlen nähere Einzelheiten. Nach einer neueren Meldung soll das Unglück 12 Todesopfer und über 20 Schwerverletzte gefordert haben.

Amerikanischer Wehrlag im kommenden Sommer. Der Kapitän Harry S. Truman wird im nächsten Herbst für den 15. Juli den Start zu einem Wehrlag mit einer amerikanischen Fokkermaschine an. Der Flug soll von San Francisco über Hongkong, Moskau, Paris, London und Neulandland zurück nach San Francisco führen. Hülft hofft, viele Städte in zehn Tagen und zwölf Stunden zurückzulegen zu können, um dadurch den Rekord des „Graf Zeppelin“ zu unterbieten. Die Maschinenbetreiber des Fluges werden die Teilnahme von vier Piloten für Paris und London genehmigt. An dem Flug sollen acht Personen teilnehmen.

Verhaftung eines internationalen Verbrechers. Die Pariser Polizei hat einen internationalen Verbrecher verhaftet, der unter verschiedenen Namen in Frankreich und England eine Reihe von Verbrechen begangen hat. Am letzten Sommer war er auf dem Rennplatz in Marseille zum ersten Mal festgenommen worden, gerade als er einen Rennplatzbesitzer die Strafsache gelassen hatte. Er entfloh aber noch während des Transports zum Gefängnis. Im April vergangenen Jahres wurde er auf dem Anker Bahnhof zum zweiten Male verhaftet, als er einer Amerikanerin im Zuge eines Schmutzaffairs im Werte von 600.000 Franken gefolgt war. Dieser konnte der Verbrecher entfliehen, und erst jetzt, nach monatelanger Verfolgung, ist ihn die Pariser Polizei in einem Luxushotel in Paris wieder aufgegriffen.

Flugzeugunglück bei Melbourne.

Der Tote.

London, 8. Januar.

In der Post Philippinen-Bucht im Staate Victoria ist nach Berichten aus Melbourne ein mit drei Personen besetztes Flugzeug aus 130 Meter Höhe abgestürzt. Alle drei Insassen, unter ihnen der Adjutant des Generalgouverneurs von Australien, Kapitän Grosvenor, wurden getötet.

Die Trümmer des Flugzeuges wurden nach einer Stunde 20 Meter unter der Wasseroberfläche gefunden. Die drei Insassen konnten noch nicht geborgen werden. Kapitän

Grosvenor hat im Juni vorigen Jahres im Leistungsfähigen einen 8000-Meilen-Flug rund um Australien gemacht und war gewöhnlich mit den Vorbereitungen zu einem Rekordflug von Australien nach England beschäftigt.

Reichskommissar Stücken in Ostpreußen.

Berlin, 8. Januar. Der Reichskommissar der Deutsch-russischen Reichsstaatsangeordnete Stücken, begab sich nach Ostpreußen. Vermutlich wird der Reichskommissar in Königsberg mit dem Staatspräsidenten von Ostpreußen, Dr. Sieb, Besprechungen über die Möglichkeit einer Verbindung der deutschen Kolonisten aus Ostpreußen in den minder besiedelten Grenzgebieten des deutschen Ostens führen.

Zusammenstöße zwischen Polizei und Kommunisten.

Berlin, 8. Januar. Die Zusammenstöße zwischen Polizei und Kommunisten eines größeren Umfangs annehmen, wurden in der Eisenbahnstraße, Willenstrasse, Frühlingsstraße und am Kottbuscher Platz in Berlin starke Polizeimannschaften zusammengezogen, die vielfach Anzeigen mit den Gummistiefeln auseinanderreiben mußten. Verletzt wurde hierbei niemand. 33 Konfrontationsverbundene wurden verhaftet. Ein Hauptmann der Schutzpolizei wurde von den Kommunisten häufig angegriffen und verletzt. Da die Verurteilung des Offiziers frei zu bekommen, zunächst freigesetzt, gab die Polizei Schreckschüsse in die Luft ab. Darauf haben die Kommunisten auseinander.

Tedow aus der Strafanstalt entlassen.

Halle, 8. Januar. Der in Zusammenhang mit dem Mord an Rathenau inhaftierte Ernst Werner Tedow ist nach 7½-jähriger Haft aus dem Strafsängnis Halle freigelassen worden.

Vor der Abreise der amerikanischen Abordnung.

Neuyork, 8. Januar. Präsident Hoover gab sämtlichen Mitgliedern der amerikanischen Abordnung für die Londoner Konferenz ein Frühstück, um die Stellungnahme der Abordnung zu allen Punkten der Tagesordnung der Konferenz zu besprechen. Eine amtliche Mitteilung über das Frühstück unterstreicht den Wert der Unterhaltung und betont insbesondere, daß die Abordnung keinerlei geschäftlichen Anstellungen mitnehme. Generalstaatsanwalt Stimson erklärte, daß die amerikanische Abordnung eine einheitliche Meinung darstelle. Die Abordnung wird am Donnerstag an Bord des „George Washington“ abreisen. Präsident Hoover wird während der Verhandlungen der Konferenz, deren Dauer auf etwa drei Monate geschätzt wird, mit der Abordnung in ständiger Verbindung stehen.

Elektrifizierung der Reichsbahn.

Aus Sparmaßregeln geringere Fortschritt.

Berlin, 8. Januar. Im Laufe des Jahres 1929 ist auf einer Gesamtlänge von 37 Eisenbahnkilometern der elektrische Betrieb eröffnet worden. Es handelt sich hier nur um Strecken der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen. Ein neuer Fernstreckenausschnitt ist dem elektrischen Betriebe im letzten Jahre nicht übergeben worden. Die Herabsetzung der Gesamtausgaben für 1929 von 4,55 Milliarden Reichsmark auf 3,95 Milliarden Reichsmark ist eine Folge der Notwendigkeit für die Reichsbahngesellschaft, ihre Ausgaben für dringende Arbeiten zu verwenden. Aus diesem Grunde konnte die Reichsbahn in diesem Jahre auch die Elektrifizierungsarbeiten der Strecke Mannheim-Augsburg nicht in Angriff nehmen.

Bierers landwirtschaftlicher Schreib- und Taschenkaler für 1930, 11. Jahrg. Mit wie bisher in einer Ausgabe A mit Tagebuchnotizen und einer Ausgabe B mit Einblendungen und Ausgabentabellen versehen. Preis eines Exemplars einer Ausgabe in abwaschbarem Gummieinband gebunden 2.— RM. Ein Exemplar mit unlegierbarer Klophe 2.20 RM. Dr. S. Bierer, Verlagsschubhandlung, Altenburg in Thüringen. Durch jede Buch- und Schreibwarenhandlung zu beziehen.

Der Kalender enthält alle für den praktischen Landwirt unentbehrlichen Tabellen, Register, Witze usw. und kann infolge seines reichhaltigen Inhaltes und seiner vorzüglichen Ausstattung bestens empfohlen werden. Die beiliegende „Wirtschafts“ bringt allen Angaben auch die landwirtschaftliche und landwirtschaftliche Statistik der Welt. Der Kalender ist leicht und handlich, wenn es gilt im Hof oder auf dem Feld Aufzeichnungen zu machen oder die oft umlagerten Tabellen zu Rate zu ziehen. Es ist ein postendes, billiges und empfehlenswertes Geschenk für jeden Landwirt.



40. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Er küßte der alten Dame die Hand, vertrappt das Blut vom Himmel herunter, wie gut er zu Jise sein wollte. „Ich glaube dich, Frank“, machte sie keinen Strichen ein. „weche dir, wenn du mich enttäuschst.“ Er war in besserer Laune. Seine Tante zeigte sich gefreudig und Jise hatte ihm gestern ein Gedächtnis überreicht, damit er auf der Reise nicht in Verlegenheit käme. Er hatte es getan, als würde er das Geld von ihr nicht annehmen, aber sie sagte dann fast kindlich bitend: „Wir wollen doch hübsch und bequem leben, Liebster, und was mein ich, gehorcht auch dir, bist ja nun bald der Herr auf dem Raunackhof.“ Das Gedächtnis hatte er heute zum erstenmale benutzt und das Geld, das er sich auf der Bank geholt, Jutta geschenkt, damit sie sich allerlei leisten sollte, wenn er sich mit Jise auf der Hochzeitreise befinde.

Nach acht Tage, dann war er am Ziel. Was danach noch zu tun blieb, mußte ihm leicht werden, wenn er an Juttas blühende Schönheit dachte.

Nach acht Tagen dachte auch Jise, als sie an diesem Abend zu später Stunde mit Jutta zusammenkam und ihr erzählte, wie wunderbar schön das Brautkleid war. „Ich kann es manchmal gar nicht begreifen, Jutta“, gestand sie, „daß mich Frank liebt.“ Die Gesichtsfarbe verteilte sich von einem traurigen Gelbten, dem sie auch Besorgte bemerkte. „Zweifel überfällt mich mitten in der Freude ein seltsames Angstgefühl, als ob mir mein Glück noch entziehen werden könnte. Sie füllte die Hände.“ Es ist wohl dann von mir, mich selbst zu quälen, denn er wollte mit denn mein Glück nehmen. Aber ich liebe Frank so sehr, mir ist bangt vor übertriebenem Glück.“

Sie halte Tränen in den Augen, als sie es sagte.

Jutta verzog die Lippen in heimlichem Spott und bedrödete sie mit einer Art von Wäcker Bengler. „Ihr Spiel auf, Jise, wechere dich in letzter Zeit noch sehr gewonnen. Sie tat alles, um vorteilhaft wie nur möglich auszugehen, nichts war ihr zu teuer, sich damit für Frank Willkür zu schmiden. Obwohl sie doch noch die Farbe der Trauer trug, wußte sie den schwarzen Kleidern durch Kleingeliten immer neue hübsche und wirkungsvolle Nuancen zu geben. Sie war eine der köstlichen Frauen, die in dem Stamme Raunack geliebt großziehen, dachte Jutta, sie aber war von anderem Schlage, ihr sollte Frank Willkür die Wünsche von den Augen ablesen und ihr täglich von neuem für das Grabengedenken ihrer Liebe danken.“

Sie sagte: „Ich spreche so oft mit dem Vater, ich erzähle ihm von meinem Glück und es ist mir dann, als wenn mir der geliebte Vater nahe wäre. Ich hoffe und glaube, ich werde mich mit Frank zu tun verstehen, wie mit Vater.“ Sie legte den Arm um Juttas Schulter. „Es tut mir nur leid, weil du mit Verbenen bist, den rechten Ton gefunden, es wäre so hübsch, wenn alle auf dem Raunackhof das Gefühl der Zusammengehörigkeit hätten. Und was mich noch mehr beklümmert, will ich dich auch anvertrauen; es ist das geliebte Verhältnis zwischen Frank und Berdenberg. Es ist möglich, daß ich nicht so, wie ich es mir wünsche, den Inspektor verdient hohe Achtung und Vertrauen. Fast elf Jahre lang ist es jetzt her, seit er auf dem Hofe ist. Es tut mir leid, zu sehen, wie er allmählich immer fatter und juridischhaltender wird, er, mit dem ich sprechen konnte wie mit einem älteren Bruder. Und er muß etwas gegen Frank haben. Ich weiß das nicht. Ich finde doch, Frank benimmt sich sehr hübsch zu ihm, er aber ist immer so furchtbar angebunden. Kannst du mir keinen Rat geben, Jutta, wie ich es anfangen könnte, damit sich die beiden Männer etwas näher kämen? Vater und der Inspektor waren ein Herz und eine Seele, und ein richtiger Gutsbesitzer muß mit seinem Inspektor vertrauen, bis zu einem gewissen Grade kameradschaftlich zusammenarbeiten, meine Frau.“

Jutta dachte daran, daß Frank gerade heute nachmittag zu ihr gekommen hatte, den Schnepfen loszumachen, sie noch ein leichtes Schwere Glied. Sie sei wie verarzt in den See. Er müßte aber noch Jise, wie man an das Bekte gehen dürfe. Der Mensch habe zu lauernde Augen.

Der Gedanke durchquachte sie, ob jetzt nicht die Gelegenheit günstig wäre, Frank in die Hände zu arbeiten.

Sie wiederholte eben: „Kannst du mir keinen Rat geben, Jutta?“

Die Rothblonde lächelte mit leicht gesenkten Mundwinkeln.

„Liebe Jise, du hast recht in allem, aber ich glaube dir schon heute sagen zu können, dein zünftiger Mann und der Inspektor werden niemals zu einer Art von Kameradschaftlich gelangen, wie sie dir als Ideal zwischen dem Gutsbesitzer und seinem Inspektor voranschwebt. Ich bin überzeugt, es wird eher zu einem unerträglichen Zustand zwischen den beiden kommen, denn —“

„Sie braud ab, als sei sie im Begriff gewesen, zumiel zu gehen.“

„Ist noch ihren Arm, der noch eben um Juttas schmaler Schulter gelegen, jurid.“

„Weshalb spricht du nicht weiter?“

Jutta blinnte wie in großer Verlegenheit vor sich nieder. „Wille, wollen von einem anderen reden und ich glaube ausgehen, es ist auch Zeit, zu gehen.“

„Sie machte ein Besorgenes, sich zu erheben.“

„Sie aber unklammerte ihren Arm, zog sie wieder auf ihren Platz neben sich jurid.“

„Jetzt laß ich dich nicht gehen, Jutta, es du zu Ende gesprochen. Aus welchem Grund können ich noch deiner Meinung der Mann, den ich liebe, und der Mann, den ich gern habe, mit einem Bruder, nicht so verbunden, wie ich es wünsche? Weshalb fürchtet sich, es könnte zwischen den beiden zu einem unerträglichen Zustand kommen? Rede doch, bitte, quale mich nicht. Ich wäre dir dankbar, wenn ich klar sehe und begreife, damit ich vermitteln und ändern kann.“

Jutta spielte die Erregte. (Fortsetzung folgt)

Nebrer Anzeiger

Alltägliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Volkshochschule: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenfeld 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtpostkasse Nebra — Sanktverein Aachen.

Nr 4

Donnerstag, den 9. Januar 1930

43. Jahrgang

Schismatische-Konferenz am Montag. Keine Erörterung der Sanktionsfrage.

Die sechs einladenden Großmächte sind am Montag mittags um 11.30 Uhr im Kreis der Minister ohne Hinsicht der Sachverständigen zusammengetreten. Hierbei gelangten die bisherigen reparationspolitischen Besprechungen der Finanzminister zusammengefasst, die die erste Sitzung der seitigen finanzpolitischen Fragen abgehandelt haben, zur Erörterung. Die Sanktionsfrage wurde — wie ausdrücklich erklärt wird — in der Zusammenkunft nicht berührt, da die laufenden privaten Verhandlungen bisher die Frage für eine amtliche Besprechung noch nicht hinreichend gelöst haben.

Zunächst wurde die Frage der endgültigen Formulierung des gesamten Haager Schlussprotokolls, besonders die Formulierung der Präambel, verhandelt. Ueber die formale Bedeutung dieser Formulierung hinaus liegt hierin auch eine gewisse wirtschaftliche und politische Bedeutung, da die Präambel die Bedeutung und den Charakter der Haager Abmachungen festlegen soll. Ueber die Formulierung wird noch weiter verhandelt werden. In diesem Zusammenhang ist auf die Bedeutung hinzuweisen, die die Präambel seinerzeit bei dem Ganzer Versailler Kongress hatte.

Die Minister der sechs Großmächte haben sodann längere Erörterungen der bereits in der Pariser Besprechungen aufgeworfenen Frage nehmend, ob die Reichsregierung verpflichtet ist, die monatlichen Youngzahlungen am 15. oder am Ultimo zu leisten. Es handelt sich hierbei um eine Jahresbilanzfrage.

Die allerdings verschieden ausgedeutet wird, jedoch für Deutschland eine weitere Klärung von rund 9 Millionen Mark jährlich ausmachen würde, wenn die Reichsregierung die fälligen Monatsraten bereits am 15. jedes Monats zur Verfügung stellen müßte, während nach deutscher Auffassung diese Beträge erst am 30. verfügbar zu halten sind.

Von deutscher Seite ist in der Geheimhaltung der sechs Mächte der Standpunkt vertreten worden, daß Deutschland neue Zugeständnisse über den Youngplan hinaus nicht übernehmen könne und daß die deutschen Young-Raten entsprechend dem internationalen Brauch zum Ultimo gezahlt werden müßten.

Reichsfinanzminister Molkenhauer hatte eine Unterredung mit Schatzminister Snowden, die der Vorbereitung der reparationspolitischen Fragen für die Zusammenkunft der sechs Mächte galt.

Dr. Curtius fährt nach Genf.
Reichsaussenminister Dr. Curtius beabsichtigt an der Tagung des Völkerbundesrats, die am 13. Januar in Genf beginnt, teilzunehmen, falls die Verhandlungen der Haager Konferenz seine Abwesenheit für einige Tage erlauben sollten.

Verhandlungen Schöber—Kleine Entente.
Die bisherigen Reparationsverhandlungen des österreichischen Bundeskanzlers Schöber mit der rumänischen Abordnung und den übrigen Staaten der Kleinen Entente sind vorläufig ohne Ergebnis verlaufen.

Der Reparationsauschuss der Konferenz trat zu einer letzten Sitzung zusammen, in der ausschließlich die österreichische Reparationsfrage zur Erörterung kam. Die Verhandlungen begannen mit einer Erklärung Schöbers, daß Österreich seiner gesamten wirtschaftlichen und finanziellen Lage nach nicht in der Lage ist, irgendwelche Reparationszahlungen oder Leistungen aus anderen Schuldteilen zu tragen.

Die österreichische Bevölkerung würde es nicht verstehen, wenn heute derartige Kosten übernommen würden, wo die gesamten wirtschaftlichen Kräfte bis zum letzten für den Wiederaufbau des Landes in Anspruch genommen würden.

Der Kampf um die Sanktionsfrage.
Englische Pressekritik.
London, 7. Januar.

Ein Teil der Morgenblätter bringt einen erlösen zusammenfassenden Bericht über den bisherigen Verlauf der Haager Konferenz. Allgemein wird die freundschaftliche Atmosphäre der Verhandlungen betont. Die „Times“ gibt über die britische Auffassung in der Sanktionsfrage eine Darstellung, in der u. a. erklärt wird:

Nach englischer Ansicht sei es ein Fehler gewesen, die Frage überhaupt aufzutreten.

Es sei zwar wahr, daß Briand sich in der französischen Kammer auf Artikel 430 des Versailler Vertrages bezogen habe, aber es erhebe Zweifel, ob die deutschen Nationalisten auf einer festem Zustimmung bestanden hätten, wenn in der französischen Kammer nicht der Bericht gemacht worden wäre, die Angelegenheit wieder aufzurollen und Snowden in der unfairen Weise zu belästigen, daß er im Haag die Frage zur Sprache bringen wollte. Zweifelhaft ist, ob diese unethische Bewegung wirklich im Interesse Frankreichs liegt.

Im Hinblick darauf, daß die deutsche und die französische Auffassung klar bargelegt.

Auf deutscher Seite besteht man, daß die Franzosen irgendeinen Vorwand für die Anwendung des Artikels 430 finden könnten; auf französischer Seite besteht die Furcht, daß eine andere deutsche Regierung nicht unter Einfluß der Deutschen Nationalen die Zahlungen einstellen könnte. Auf beiden Seiten würden entsprechende

Erörterungen von Reichstag bzw. von der französischen Kammer für notwendig gehalten.

Die englische Auffassung geht dahin, daß eine absolute Zahlungseinstellung für Deutschland unmöglich sei, da der Kredit Deutschlands dadurch völlig erschüttert würde. Snowden habe dem Finanzminister Molkenhauer dargelegt, daß Großbritannien an der Sanktionsfrage nicht interessiert sei. In britischen Kreisen erwarre man, daß die Frage im weiteren Verlauf der Haager Verhandlungen — wenigstens wie bisher amtlich anerkannt werde — gegen die deutsch-französische Aussprache sei nicht einzuwenden, und tatsächlich habe sich bereits eine Formel abgezeichnet, die militärische Sanktionen ausüblende, aber innerhalb der Grenzen des internationalen Rechts die Anwendung wirtschaftlicher Sanktionen erlauben würde.

In der Sanktionsfrage berührt der „Daily Herald“ über den „Times“-Bericht hinausgehend, wenn auf deutscher Seite der Wunsch bestehe, eine schriftliche Erklärung der Gläubigermächte zu erhalten, durch die ein Verzicht auf alle zünftigen militärischen Sanktionen ausgesprochen werde, so bestehe wahrscheinlich auf französischer Seite die gleiche Entschlossenheit, nicht auf Vertragsrechte zu verzichten. Tardieu lehne jetzt aus innerpolitischen Gründen die Unterzeichnung jeder Erklärung ab, die als ein Verzicht auf Vertragsrechte ausgelegt werden könnte.

Die materiellen Fragen.
Haag, 8. Januar.

Zu den materiellen Fragen gehört in erster Linie die den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildende Frage des Zahlungstermins für die deutschen Young-Kommunen. Ein Ergebnis ist in dieser Frage nicht erzielt worden, da die Auffassungen sich zunächst noch scharf gegenüberstehen. Es konnte vor allem keine Klarheit darüber geschaffen werden, was die Pariser Sachverständigen sich gebildet haben.

Die deutsche Abordnung hat auf Grund der Verhandlungen Dr. Schacht und Geheimrat Kästl ersucht, nach dem Haag zu kommen.

Der Reichsbankpräsident kam jedoch erst zum 12. zu der einberufenen Sitzung des Baden-Badener Ausschusses für die WZ, im Haag eintreffen, während Geheimrat Kästl bereits heute hier eintrifft.

Zu den materiellen Fragen gehört ferner die Frage der veränderten Einnahmen, an denen nach dem Damesplan die alliierten Gläubigermächte ein direktes, nach dem Youngplan nur ein negatives Vorkaufsrecht besitzen. In den gegenwärtigen Verhandlungen ist auf alliierter Seite der Wunsch aufgetaucht, in Veränderung des Youngplans eine positive Regelung zu schaffen und damit die veränderten Einnahmen für die Zölle, die Biersteuer, Weinsteuern, das Spiritusmonopol usw. dem direkten Zugriff der Gläubiger wieder zuzuführen. Die deutsche Abordnung hat in den bisherigen Verhandlungen dieses Ansinnen abgelehnt und verlangt, daß der klare Vorlauf des Youngplans nicht verflüssigt werde.

Ferner wird in den weiteren Verhandlungen über die materiellen Fragen gefahrt werden müssen, wie das deutsch-englische Abkommen über die Liquidation des deutschen Eigentums in die Bestimmungen des Schlußaktes der Haager Abmachungen über die Regelung der Vergangenheit eingeleitet werden soll.

Weiter ist das Schreiben des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in der Anlage I des Youngplans über die Goldschuldungspflicht der Reichsbank erörtert worden. Auf diesen soll die endgültige Formulierung dieser an sich gestellten Frage durch den juristischen Ausschuss erfolgen.

Zu den formal-technischen Fragen gehört ferner die Formulierung der Schuldverpflichtungen, die die Reichsregierung den Gläubigermächten zu übernehmen hat. Zu den noch offenen formal-technischen Punkten gehört endlich die Klärung der

Bestimmungen des Artikels 24 des Youngplans, und zwar die Entscheidung darüber, inwieweit Beschlüsse des Betrags der WZ, über ein deutsches Transformationsgesetz durch die Sanktion über die es im Youngplan heißt — „notwendigfalls“ durch die Regierungen durchzuführen sind. Diese Frage ist gleichzeitig dem Juristen-Ausschuss zur Klärung überwiehen worden. Zum Schluß muß noch die Frage der deutschen sinistren Einlagen bei der WZ, geklärt werden.

Die Beratung der fünf Gläubigermächte.
Die fünf großen Gläubigermächte haben in langen außeramtlichen Zusammenkünften Verhandlungen, die grundsätzliche Frage erörtert, was nach dem im Youngplan vorgesehene zweijährigen Zahlungsrotatorium mit den aufgelaufenen Zahlungen zu geschehen habe.

Es handelt sich um die im Youngplan offen gelassene Frage, wie diese Zahlungen dann an die Alliierten überführt werden sollen. Die Gläubigermächte haben die Forderung gestellt, daß die während des Rotatoriums aufgelaufenen Zahlungen entweder auf einmal oder in Doppelraten gleichzeitig mit den neuen fälligen Young-Zahlszahlungen zu leisten seien.

Die deutschen Vertreter haben diese beiden Zahlungsmodalitäten abgelehnt, da damit der wesentliche Zweck des Rotatoriums gefährdet würde.

Die Gläubigermächte wiesen jedoch darauf hin, daß in den Verträgen zwischen den Gläubigermächten und den Verantwortlichen ein derartiges Verfahren vorgezogen sei und betonten, daß Deutschland im Falle von Schwierigkeiten ein neues Zahlungsrotatorium beantragen könnte.

Demgegenüber hat die deutsche Abordnung verlangt, daß nach dem Ablauf eines Zahlungsrotatoriums der im Youngplan vorgezeichnete Sonderausgleich mit der deutschen Regierung über den Zahlungsmodus in Verhandlungen einzutreten soll, um finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten zu vermeiden. Die Verhandlungen ergaben jedoch keine Einigkeit über diese Frage; die Auffassungen standen sich zunächst scharf gegenüber. Die Besprechungen werden fortgesetzt.

Ein Monstre-Fälschungs-Prozess. Die Tischerwoonzenfälscher vor Gericht.

des Berlin, 7. Januar.

In Moabit begann unter großem Andrang von Zusehrenden der Prozess gegen die Tischerwoonzenfälscher. Von den Angeklagten, unter denen sich zwei Geizhörer befanden, fehlte der Buchdruckereibesitzer Schneider. Das Gericht beschloß, das Verfahren gegen ihn abzuturnen, ebenso das Verfahren gegen den Angeklagten Kipping-München, der nur von Schneider belastet wird. Danach ist nur noch gegen sieben Angeklagte, die des Münzverbrechens der Fälschung bezug, des Scheinens, der Fälschung und des Scheinens, zu verhandeln. Sie sind sämtlich mit Verurteilung ergriffen.

Neben den sieben Hauptangeklagten, den Georgiern Augustus Sadatgerichowitsch und Calma Karumidze, die von Reichsanwalt Dr. Weer verteidigt werden, haben auf der Anklagebank Platz genommen: Ingenieur Dr. Leonsoch Becker-München, Ingenieur Dr. Eugen Weber-München, Kaufmann Wilhelm Schmidt-Münster und Buchhändler Karl Böhle-Frankfurt a. M., den Reichsanwalt Dr. Sack-Berlin verteidigt. Schließlich ist auch noch als Angeklagter der Elektroingenieur Georg Bell-München, der angeblich fälschig gemein sein sollte, erschienen.

Von den Verteidigern der in München wohnhaften Angeklagten wurde zunächst lediglich die Zulässigkeit dieses Gerichtes bestritten. Das Gericht lehnte die Anträge der Verteidigung ab. Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses begann die Vernehmung der Angeklagten zu ihrer Person und zur Sache.

Die Vernehmung des Angeklagten Karumidze gestaltete sich recht langwierig, da dessen russische Ausfälschungen sehr viele nachprüfen werden mußten. Karumidze wurde nach dem Kriege Mitglied des Nationalrates und des ersten georgianischen Parlamentes. Er ist Mitglied einer der nationaldemokratischen Partei. Nach der 1921 erfolgten Verlegung Georgiens durch Sowjettruppen ging er aus patriotisch-ethnischen Gründen nach Deutschland, weil er unter Außenminister Dr. Stresemann Sammelhilfe für Georgien fand.

Um die Verleumdungspolitik Georgiens zu überlegen, suchte er nach Geldmitteln, die er zum Teil auch bekam, und zwar von Geisler, deren Namen er nicht nennen will. Dann ist er russischer Fälscher geworden und hat die Sowjet-

Regierung für ein etwas anderes durch die kommen. Der Anwalt, der er zum 1. September 1926 ging Banque Turque- und von eigenen der Noten un- bekannt. Die Schrift hat er selbst den Namen des

keine Kenntnis.

er drucken, jedoch technisches Vorwissen es aber doch zu sollten aber auch Deutschland ver- ähnliches um hat er wurde in den

unter Vernehmung und vertagte sich

Paula Rechtsan- walt Dr. Weer, Berlin, bestimmt, Karumidze vorant im weiteren Verlauf seiner Aussage, er sei überzeugt, daß der Angeklagte Schneider, auf den Dr. Weer aufmerksam gemacht habe, von den beauftragten Banknotenfälschung zu nichts gemacht habe, er habe aber wohl sehr bald verstanden, worum es sich handele.

Von Schneider sind nach Angabe Karumidzes 13 bis 14 000 brauchbare Tischerwoonzen-Noten fertiggestellt und abgeholt worden. Der größte Teil wurde von Freunden nach Ausland gebracht.

Das Bild zeigt eine Farbkorrekturtafel (colorchecker) mit einer Skala von 30 verschiedenen Farbtönen und einem Maßstab in Zentimetern.